

Europaschulen in Hessen - Zwanzig Jahre Schulentwicklung und Bildung für Europa

Im Debus-Verlag ist kürzlich ein Buch des langjährigen Leiters der Freiherr-vom-Stein Schule in Gladenbach Siegfried Seyler über die Entwicklung der Europaschulen in Hessen erschienen, das allen an Europaschulen Interessierten empfohlen werden kann. Ulrich von Nathusius, Schulleiter der König-Heinrich-Europaschule in Fritzlar, stellt es vor.

Seyler untersucht (auf ca. 430 Seiten) den Beitrag des Europaschulprogramms zur hessischen Schulentwicklung. Seine Studie ist nicht nur insofern verdienstvoll, als bislang die wissenschaftliche Literaturlage über Programme mit Europaschulen eher dürftig ist und Seyler einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leistet. Sie ist auch deshalb nützlich, weil Seyler die Entwicklung der Europaschulen und vor allem auch der von ihnen erzielten pädagogischen Wirkungen in der Schülerschaft mit Hilfe von empirischen Daten analysiert. Außerdem werden aus der Analyse Handlungsperspektiven abgeleitet.

Seyler nutzt dabei vielfältiges „Datenmaterial“: sein eigenes Miterleben als langjähriger Schulleiter einer der ersten Europaschulen sowie die Verlautbarungen und Veröffentlichungen des Ministeriums und des Programmmanagements, die Selbst-Evaluationen der Europaschulen einschließlich der Zertifizierungsunterlagen, einige bereits vorliegende empirische Untersuchungen von Teilaspekten des Europaschulprogramms (z.B. durch das Dipff), Experteninterviews (vor allem mit Schulleitern), eine Online-Befragung von Schülern acht allgemeinbildender Europaschulen und Gruppeninterviews mit Schülern an vier dieser Schulen.

Das Buch zeichnet die 20jährige Entwicklung des hessischen Europaschulprogramms nach und analysiert sie. Den Paradigmenwechsel des Jahres 2000 weg von Netzwerkorientierung hin zu einer Programmsteuerung sieht Seyler ausgesprochen kritisch im Hinblick auf Schulentwicklung als Organisationsentwicklung. Von der anfänglichen teilautonomen Entwicklung der hessischen Europaschulen sei kaum etwas übrig geblieben: Vom Selber-Leiten zum Geleitet-Werden. Kritisch wird auch die verschlechterte finanzielle Ausstattung für die Programmarbeit auf Landesebene und auf Ebene der Einzelschule untersucht und bewertet.

Dennoch konstatiert Seyler Erfolge der Europaschulen im Teilbereich der Unterrichtsentwicklung: „1. Unterrichtsentwicklung durch Methodenlernen hat selbstständiges, kooperatives und handlungsorientiertes Lernen der Schüler unterstützt. Diese Entwicklung wurde an den meisten Schulen von einer Fortbildung der Lehrer auf breiter Front angestoßen. 2. Unterrichtsentwicklung durch Selbstevaluation hat sich in den Kollegien ausgebreitet dank der Verpflichtung der Schulen zu Jahresevaluationen und der Fortbildung der ‚evaluationsbereiten‘ Lehrer auf der Programmebene.“

Der Autor versucht schließlich mit Hilfe der Schülerbefragung heraus zu finden, inwieweit Schüler an hessischen Europaschulen aus den Programmschwerpunkten abgeleitete Kompetenzen, insbesondere Schlüsselqualifikationen erwerben können. Außerdem möchte er wissen, wie Schüler die Schulkultur ihrer Schule einschätzen und welchen Stellenwert das Europaschulprogramm im Bewusstsein der Schüler hat. Seylers Untersuchung liefert diesbezüglich viel Material für Stärken-Schwächen-Analysen der Schulen. Es wird jedoch auch selbstkritisch angemerkt, dass mangels ausreichender Relationierung die Untersuchungsergebnisse in ihrem Aussagewert begrenzt bleiben. Die Schülerbefragung fördert als Stärken die Entwicklung einer Methoden- und Kommunikationskompetenz, die methodische Öffnung des Unterrichts, das handlungsorientierte und erfahrungsbezogene

Lernen in Unterrichtsprojekten mit europäischen Partnerschulen und den europäisch-internationalen Austausch (allerdings profitieren hier die Haupt- und Realschüler in geringerem Maße als die Gymnasialschüler) sowie das Fremdsprachenlernen zu Tage. Schwächen deckt die Schülerbefragung auf im Bereich der politischen Bildung, der innerschulischen Schülerpartizipation an Entscheidungsprozessen und der Entwicklung eines Europaschulbewusstseins.

Seyler verknüpft die Beschreibung der Schwächen mit Vorschlägen zu ihrer Behebung. Besonders wichtig: die Hinweise zur Öffnung des Sprachenlernens im Hinblick auf die Migrantensprachen und die Öffnung der Austauschprogramme für Nicht-Gymnasiasten. Interessant findet der Rezensent auch den folgenden Vorschlag: „Schließlich könnte als weiteres Kernelement einer interkulturellen Perspektive die ‚Begegnungspädagogik‘ der Europaschulen ergänzt werden durch eine ‚Konfliktpädagogik‘, die neben Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit der Schüler auch Konfliktfähigkeit und kritisches Denken sowie entsprechende Handlungsdispositionen fördert und sich zum Ziel setzt, Diskriminierung, Rassismus und Chancenungleichheiten entgegenzuwirken.“

Die Untersuchung bietet dem Leser eine umfassende theoretisch fundierte und praxisorientierte Darstellung des Schulentwicklungsprogramms der Hessischen Europaschulen und erweitert den Erkenntnisstand über die pädagogischen Ergebnisse ihrer Arbeit. An dieser positiven Wertung des Buches ändert auch die Tatsache nichts, dass der Teil der Studie, welcher sich mit den bei den Schülern erzielten Bildungsergebnissen beschäftigt, den Grundschulen wohl gar nicht und den beruflichen Schulen nicht sehr viele hilfreiche Erkenntnisse liefert. Hier bleibt Raum für weitere Forschungsarbeit.

Siegfried Seyler: Europaschule in Hessen. Zwanzig Jahre Schulentwicklung und Bildung für Europa, Debus Pädagogik Verlag, Schwalbach/Ts. 2013, 444 Seiten, € 49,80

Europaschule in Hessen. - Textauszug zu Ergebnissen und Folgerungen aus der Schülerbefragung

Für die in Gruppeninterviews befragten Schüler war die Sache klar: Die Europaschule ist für die meisten eine Schule, die zahlreiche Angebote und Projekte macht, vor allem auf den Gebieten des Fremdsprachenlernens und der Schülerbegegnung sowie – darüber vermittelt – des interkulturellen Lernens. In der Tat prägen Curriculum- bzw. Unterrichtsentwicklung mit „europäischer Dimension“ sowie europäisch-internationale Schülerbegegnungen mit dem Ziel des interkulturellen Lernens und der internationalen Verständigung vor und nach 2000 am stärksten Europaschulprogramm und Profil hessischer Europaschulen. Im Zentrum steht allgemeine europäisch-internationale Bildung, die Mehrperspektivität, Mehrsprachigkeit und Multikulturalität in Curriculum, Unterricht und Schulleben aufnimmt und im Praktischen Lernen themen- oder projektorientierter Begegnungsprojekte fortsetzt. Bildung für Europa in internationaler Perspektive bedeutet auch, dass sich Curricula und Unterricht den Problemen der global-interdependenten Welt öffnen und nicht eurozentrisch verharren. Die Nachhaltigkeit der Entwicklungspartnerschaften u. a. von vier Europaschulen mit Schulen in Tansania seit 19 Jahren ist dafür ein gutes Beispiel. Auf den Feldern der Mehrsprachigkeit, des handlungs- und erfahrungsbezogenen Unterrichts, der Schülerbegegnungen und der

Zusammenarbeit in z. T. umfangreichen europäischen Schulnetzen waren die Europaschulen auch besonders erfolgreich.

Ob das Europaschulprogramm interkulturell-kommunikative Handlungskompetenz bei den Europaschülern bewirkt hat, ließ sich mit der Online-Befragung nicht überprüfen. Dass der Erwerb dieser Kompetenz ohnehin nur in einem langen Prozess der Persönlichkeitsentwicklung gelingen kann, zeigt das Beispiel von Gymnasialschülern mit Migrationshintergrund in einem Schüler-Gruppeninterview. Dennoch können Europaschulen, in denen Schüler internationale Erfahrungen sammeln, die gegenseitiges Verständnis fördern, in denen auch Wissen über Werte, Religionen, Kulturen und Gesellschaften und mehrperspektivisches Denken im Unterricht oder bei Schülerbegegnungen vermittelt werden, einen Beitrag zum Erwerb interkultureller Kompetenzen leisten. Das gilt auch für Schulen, in denen soziales Lernen gepflegt wird, das sowohl die Empathiefähigkeit der Schüler stärkt als auch zu friedlicher Konfliktlösung beiträgt - ein Hinweis darauf, dass eine auf selbstbestimmtes und soziales Handeln, Dialog- und Konfliktfähigkeit sowie kritisches Reflexionsvermögen angelegte Persönlichkeitsentwicklung eine Voraussetzung für interkulturelle Kompetenz ist, die auch in der Schule selbst (z. B. in der Peer Mediation) gefördert werden kann.

Da Gymnasialschüler, insbesondere Gymnasialschülerinnen, vom internationalen Austausch am meisten profitieren, haben sie auch eher Chancen, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben, die auch in der Migrationsgesellschaft nützlich sind (vgl. Thomas u. a. 2006). Die geringere Teilhabe von Hauptschülern und einem Teil der Realschüler an Begegnungsprojekten mangels (finanzieller) Möglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen (z. B. internationale Betriebspraktika oder Europaklassen) – ein Umstand, der auch z. T. auf die Teilhabe an anderen Europaschulangeboten zutrifft – führt zu der Einsicht, dass vor allem Mittelschichtkinder im selektiven Schulsystem von Bildungsangeboten des Europaschulprogramms erreicht werden. An den kooperativen Gesamtschulen hat das zu der Situation geführt, dass die Gymnasialzweige im Wettbewerb mit den Gymnasien reformorientierte Eltern aus den Mittelschichten anzogen, zugleich aber auch – gewissermaßen als nicht intendierte Nebenwirkung – innerhalb der Schülerpopulation der Gesamtschule Selektivität und Chancenungleichheit erhöhten. Das betrifft insbesondere Hauptschüler.

Interkulturelles Lernen konnte sich vor allem im europäisch-internationalen Kontext entwickeln und weniger – obwohl auch Programmziel – in der Schule selbst entlang der Bildungsbedürfnisse einer Migrationsgesellschaft. Ein Mangel, der u. a. die Anerkennung individueller Gleichbehandlung und gesellschaftlicher Chancengleichheit von Migrantenkindern berührt. Nur wenige Schulen praktizieren z. B. Konzepte der „interkulturellen Öffnung“ und der Integration von Migrantenkindern oder nehmen Migrantensprachen in ihr Fremdsprachenkonzept auf. Dies dürfte auch für die Reflexion gesellschaftlicher Ungleichheit in Verbindung mit kulturellen Dominanzverhältnissen und rassistischen Diskursen sowie ihrer Bearbeitung in der jeweiligen Schulkultur gelten. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass Begriff und Anspruch interkulturellen Lernens in der multikulturellen Gesellschaft im Europaschulprogramm nie wirklich geklärt worden sind und eine gezielte Fortbildung zur Erweiterung interkultureller Kompetenzen in der Lehrerschaft der Europaschulen fehlte. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die „Begegnungspädagogik“ der Europaschulen zur Vermittlung interkultureller Kompetenz überhaupt ausreicht und nicht durch eine „Konfliktpädagogik“ ergänzt werden müsste, die sich struktureller gesellschaftlicher Ungleichheit stellt und sich z. B. zum Ziel setzt, Diskriminierung, Rassismus und Chancenungleichheiten abzubauen. Menschenrechtsbildung oder eine rassistuskritische Perspektive in Schule, Unterricht und Erziehung – wie sie z. B. Mecheril für das Organisationshandeln und die pädagogische Interaktion fordert – könnten daher Bausteine für eine Profilschärfung der Europaschulen sein.

Ein zweites Beispiel für mangelnde Zielannäherung ist das „Lernen über die EU“, das in der Schülerwahrnehmung der Europaschulen offenbar als Schlusslicht rangiert und kaum Relevanz in der Sekundarstufe I gewinnen konnte. Der Gedanke einer Bildung für Europa in der Bildung und Erziehung eines europäischen Citoyens, der auf seine Bürgerrechte und –aufgaben in den Europaschulen vorbereitet wird, stand Pate bei der Gründung der hessischen Europaschulen und ist mittlerweile Bildungs- und Erziehungsauftrag des hessischen Schulgesetzes (§ 2, Abs. 4 i. d. F. vom 21.11.2011). Politische Bildung für Europa wurde auf der Programmebene überhaupt erst 2005 in der Verfassungskrise der EU Teil der Agenda und führte an einer Minderheit von Schulen zu Experimenten mit „Juniorteams Europa“ – als Multiplikatoren ausgebildete Schüler arbeiteten nach dem Peer-Group-Ansatz als Vermittler europapolitischer Bildung in Schule und Unterricht mit – sowie europäischen Schülerkonferenzen zu politischen Themen der EU. Beide Initiativen können als Erfolg europapolitischer Bildungsarbeit auf der Sekundarstufe II und – im Falle der Juniorteamer – auch als Beispiel für die Teilnahme Jugendlicher am demokratischen Diskurs der Schule angesehen werden. Die Ergebnisse der Schülerbefragung verweisen allerdings auch auf die Defizite sowohl bei der Schülermitwirkung in Schule und Unterricht als auch bei der politischen Bildung für Europa. Zwar geht aus den Schülerelbsteinschätzungen hervor, dass mit steigendem Bildungsgrad europäisches politisches Bewusstsein an den Europaschulen vorhanden ist, sich aber erst in der Oberstufe zu entfalten beginnt. Damit kann sich das Europaschulprogramm eigentlich nicht zufrieden geben: Erstens erfordert der Bildungsauftrag ein Grundverständnis der europäischen Politik bei allen Schülern, unabhängig vom Schulabschluss. Zweitens geht es ja noch um das Ziel des Programms, Schüler zur Mitbestimmung in einer europäischen Demokratie zu befähigen. Ein Bewusstsein dafür, dass für die politische Willensbildung in der EU eine stärkere Bürgerbeteiligung vonnöten ist, haben überhaupt erst in Ansätzen Schüler der gymnasialen Oberstufe. Ein europapolitisches Bildungskonzept kann sich auch nicht darauf verlassen, dass eine möglicherweise vorwiegend aus der Begegnungspädagogik sich entwickelnde „europäische Identität“ Jugendlicher eine tragfähige Grundlage politischer Bildung ist, etwa aktive europäische Bürger hervorbringt. Ein europapolitisches Bildungskonzept oder Beispiele guter Praxis z. B. im Politikunterricht der Sekundarstufe I aber fehlen weitgehend. Jugendliche müssen die europäische Politik verstehen und bürgerschaftliche Qualifikationen erwerben, bevor sie demokratische Partizipationsmöglichkeiten in Europa wahrnehmen können...

Mit zwei bemerkenswerten „Jahresthemen“ – „Integration und Zusammenleben in der Stadt der Zukunft“ und „Aufstand der Jungen“ – hat das Europaschulprogramm seit 2010 sowohl die interkulturelle Perspektive einer Bildung in der Migrationsgesellschaft als auch die europapolitische Bildung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Es bleibt allerdings bei beiden Themen noch abzuwarten, ob sie als neue Handlungsfelder die Regelpraxis von Unterricht und Schulleben verändern werden. Dazu wäre eine der Bildung in der Migrationsgesellschaft angemessene interkulturelle Pädagogik vonnöten, die einen Veränderungsanspruch für mehr Gerechtigkeit und Gleichbehandlung in Unterricht und Schulorganisation begründet und in allen Schulformen und bei allen Schülerinnen und Schülern ohne Unterschied der Herkunft ansetzt. Ferner eine politische Bildung, die Grundlagen für das Verständnis der europäischen Politik bereits in der Sekundarstufe I legt und darüber hinaus die Teilnahme am demokratischen Diskurs sowie die politische Selbstwirksamkeit Jugendlicher im Raum der Schule fördert.

Auszug aus Siegfried Seylers Buch „20 Jahre Europaschule in Hessen“